Petersberger - Info

Die LINKE.Offene Liste in der Gemeindevertretung Petersberg Mai 2016

Bauen ohne Baugenehmigung?

Neubau einer Flüchtlingsunterkunft

Großer Unmut herrscht bei Bürgerinnen und Bürgern über die Verfahrensweise des Landkreises in Bezug auf den Neubau einer Flüchtlingsunterkunft im Petersberger Gewerbegebiet.

Der Presse war zu entnehmen, dass mit dem Neubau einer Flüchtlingsunterkunft im Kreuzgrundweg 8 in Petersberg ohne eine Baugenehmigung begonnen wurde.
Die LINKE.Offene Liste verkennt nicht, dass der Landkreis und die Gemeinden durch die unkoordinierte Bundespolitik große Herausforderungen bewältigen müssen. Aber die Verfahrensweise in Petersberg ist doch fragwürdig. Denn bei aller gebotenen Eile darf das Recht nicht zur Disposition gestellt werden.
Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich, ob in Bezug auf die Baugenehmigungen mit zweierlei Maß gemessen werde. Zur Klärung des Sachverhaltes hat Die LINKE.Offene Liste am 25. April folgende Anfrage zum Neubau Kreuzgrundweg 8 an die Gemeinde Petersberg gerichtet:

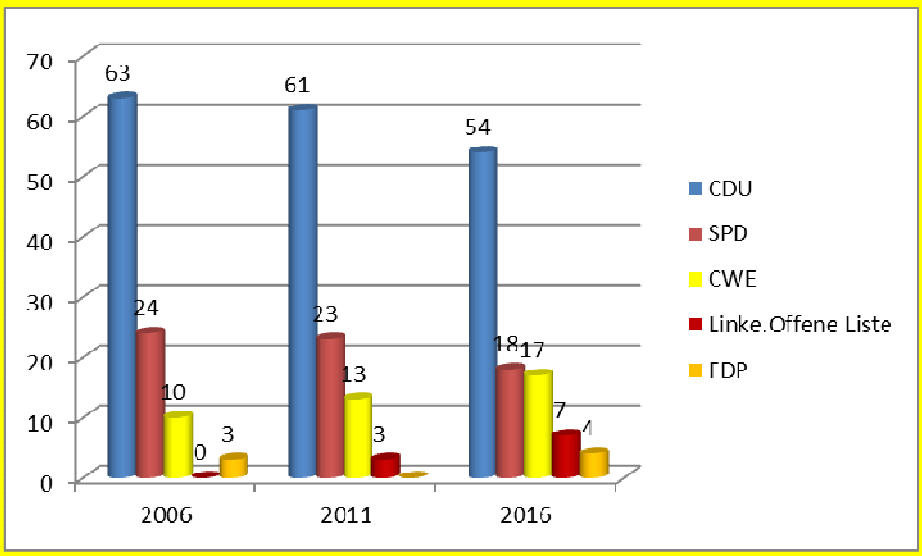
1. Wann wurde die Gemeinde zu einer Stellungnahme zu diesem Neubau aufgefordert, bzw. wann ging der Bauantrag ein?
2. Wann wurde von der Gemeinde eine Stellungnahme abgegeben, und welchen Inhalt hat diese?
3. Ist der Gemeinde das Datum der Baugenehmigung bekannt, wenn ja, wann erfolgte diese?
4. Ist der Gemeinde der Beginn der Baumaßnahme bekannt, wenn ja, wann wurde mit dem Bau begonnen?
5. Sieht die Gemeinde durch den vorzeitigen Beginn der Baumaßnahme einen Verstoß gegen gesetzliche Regelungen und Verordnungen?
6. Welche Handlungsmöglichkeiten sieht die Gemeinde gegenüber den Bauaufsichtsbehörden die Sicherstellung gesetzlicher Regelungen und Verordnungen zum Baurecht im Gemeindegebiet einzufordern?
7. Hat die Gemeinde hierzu bereits etwas veranlasst?

Leider war die Gemeinde nicht in der Lage, die Fragen in der Sitzung der Gemeindevertretung am 12. Mai zu beantworten. Wir hoffen aber auf eine Antwort in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung am 14. Juli.

Weiterhin ist zu befürchten, dass der Landkreis zum Teil zu langfristige und zu teure Mietverträge abschließt. Auch über bereits eingegangene Mietverpflichtungen des Landkreises ist Aufklärung notwendig. Nach unserer Auffassung nutzen Vermietungsgesellschaften, wie die Investorengruppe MR mbH Co.KG und andere, die Situation aus, um Geschäfte zu Lasten des Steuerzahlers zu machen.

CDU verliert deutlich!

Bei den Kommunalwahlen im März 2016 hat die CDU in Petersberg deutlich verloren.
Trotz des Verlustes von 6,5 Prozent konnte die CDU aber ihre absolute Mehrheit knapp behaupten. Mehrere Bürgerinnen und Bürger haben in der Gemeindezeitung die Vergleichsergebnisse aus den Vorjahren vermisst. Die Verluste der CDU sind dramatisch, in Petersberg hat die CDU nur noch eine knappe Mehrheit von 4 Prozent (Ergebnisse gerundet).



Sitzungen sind öffentlich

Verwirrung um Einladungen

Die Linke.Offene Liste übt Kritik an Bürgermeister Schwiddessen und an einigen Ortsvorstehern. Bisher wurden in der Gemeindezeitung bekanntgegebene Einladungen mit dem Hinweis versehen, dass es sich um öffentliche Sitzungen handelt.

In den letzten Wochen wurde dieser Hinweis oft weggelassen. Daraufhin haben Bürgerinnen und Bürger bei uns nachgefragt, ob es sich um nicht öffentliche Sitzungen handele.
Hierzu ist festzustellen, dass grundsätzlich alle Sitzungen der Gemeindevertretung, der Ortsbeiräte und auch der Ausschüsse öffentlich sind. Da das aber nicht alle Bürgerinnen und Bürger wissen, würde diese Unklarheit mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Öffentlichkeit der Sitzung ausgeräumt. Die Erfüllung unserer Bitte um diesen Hinweis in zukünftigen Einladungen wurde uns zugesagt.

Außerdem enthielten die Einladungen für die ersten Sitzungen der Ortsbeiräte fälschlicherweise nur den Hinweis auf die Wahl **eines** Stellvertreters für den Ortsvorsteher, obwohl laut Geschäftsordnung zwei Stellvertreter zu wählen sind. Auch das haben wir moniert.

Tatsächlich wurde in einigen Ortsbeiräten auch nur ein Stellvertreter bzw. eine Stellvertreterin gewählt. Erst nach unserem Hinweis wurden in den Ortsbeiräten Petersberg, Haunedorf und Marbach zwei Vertreter gewählt, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen.

Auch wenn die Verantwortlichen diese Ungenauigkeiten herunterspielen, haben unseres Erachtens die Bürgerinnen und Bürger doch einen Anspruch darauf, dass diese korrekt handeln.

Demnächst Erhöhung der Grundsteuer?

Land Hessen kürzt Finanzmittel

Trotz deutlich höherer zentraler Steuereinnahmen des Landes Hessen muss die Gemeinde mit weniger Überweisungen durch das Land rechnen.

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurde über die Genehmigung des Haushalts der Gemeinde Petersberg durch den Landkreis informiert.

Erfreulich: der Landkreis genehmigte den Haushalt ohne zwingende Auflagen. Allerdings verwies der Landkreis auf eine Empfehlung der schwarz-grünen Landesregierung, wonach die Steuersätze der Gemeinde Petersberg u.a. im Bereich der Grundsteuer, deutlich anzuheben sind, weil für das nächste Jahr Landesmittel für die Gemeinde Petersberg gekürzt werden.

Laut der Hessischen Gemeindeordnung sind die Kommunen für die Festsetzung der Grund- und Gewerbesteuer zuständig. Nach den Vorgaben der Landesregierung aber bekommen Gemeinden, die weniger als die vom Land empfohlenen Steuern erheben, Landesmittel gekürzt.

Der Bürgermeister kündigte an, dass man sich im 2. Halbjahr mit dieser Frage beschäftigen müsse.
Mit der Mittelkürzung für Gemeinden, die sich nicht an die Empfehlung zur Erhöhung der Steuern halten, stellt die schwarz-grüne Landesregierung die Souveränität kommunaler Parlamente infrage.

Hintergrund:

Kommunaler Finanzausgleich:

Nach einer Klage der Stadt Alsfeld ordnete der Staatsgerichtshof eine Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs an.
Nach der Verfassung muss das Land Hessen seinen Kommunen Geld für ihre Aufgaben geben. Die Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) werden auf die insgesamt 446 Landkreise, Städte und Gemeinden verteilt.
Bisher haben die Kommunen pauschal rund 23 Prozent der Steuereinnahmen des Landes erhalten. Nun muss sich der KFA am genauen Bedarf der Kommunen orientieren.
Nach dem Finanzplanungserlass der Landesregierung sollen die Gemeinden nun unabhängig von der Haushaltslage prüfen, ob es angezeigt ist, die Steuerhebesätze mindestens auf die Werte festzusetzen, die Ihnen im Finanzausgleich angerechnet werden.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen!

CDU lehnt sozialen Wohnungsbau ab

In der Gemeindevertretung hat die CDU- Mehrheit gemeinsam mit der FDP und der CWE unseren Antrag abgelehnt, der die Gemeinde auffordert ein Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu entwickeln. Die SPD stimmte unserem Antrag zu.

Bereits heute ist bezahlbarer Wohnraum in der Stadtregion knapp. Durch den Anstieg der Studierendenzahl und die große Anzahl von Asylbewerbern, steigt die Nachfrage nach günstigem Wohnraum in der stadtnahen Region rund um Fulda. Fast 3000 Asylbewerber wurden bis heute dem Landkreis Fulda fest zugewiesen.
Durch die neuen Asylgesetze, insbesondere die Wohnsitzauflage, ist zu erwarten, dass ein Großteil der Asylbewerber nach ihrer Anerkennung eine Wohnung in unserer Region

benötigt. Dies kann in der Folge zu weiter steigenden Mietpreisen führen. Betroffen davon wären vor allem Niedrigverdiener, viele Rentner und Sozialhilfeempfänger.
Die Gemeinde sollte einer solchen Entwicklung frühzeitig entgegenwirken und ein Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum entwickeln und dafür Förderprogramme des Landes nutzen. Denn das Land will in den nächsten Jahren eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen, um den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln. Davon profitieren sollen einerseits Städte und Gemeinden. Im Rahmen des sogenannten Kommunalinvestitionsprogramms (KIP) bekommen sie bis zum Jahr 2019 zusätzlich 230 Millionen Euro für den Wohnungsbau.

Zum anderen soll die generelle jährliche Landesförderung für sozialen Wohnraum von 62 Millionen auf dann 127 Millionen Euro verdoppelt werden. Dazu kommen laut Ministerin Hinz noch zusätzliche Mittel des Bundes in Höhe von weiteren 29 Millionen Euro jährlich.
Rechnet man die Posten zusammen, kommt man für den Gesamtzeitraum auf knapp eine Milliarde Euro. Die Gelder sollen zum Bau von etwa 10.000 Wohnungen für rund 30.000 Menschen führen, hofft die Ministerin.

Die Stadt Fulda hat bereits ein Förderprogramm aufgelegt. Es sieht eine Preisbindung von 5,40 pro qm vor. Sie zahlt in diesem Programm einen Zuschuss von bis zu 25.000,- Euro je Wohnung.

Landrat Woide hat in der Haushaltssitzung des Kreistages im Februar diesen Jahres die Dringlichkeit für die Schaffung von günstigem Wohnraum in unserer Region ausdrücklich bejaht, ist aber der Auffassung, dass sie Aufgabe der Stadt Fulda und der stadtnahen Gemeinden wie Petersberg und Künzell sei.

Aber im Haushalt der Gemeinde Petersberg sind für **dieses** Jahr keinerlei Investitionsmittel für die Wohnungsbauförderung eingestellt. Deshalb ist es dringend geboten, rechtzeitig für das **nächste** Jahr zu planen.

Mit unserem Antrag wollen wir aber keinesfalls eine Festlegung auf ein bestimmtes Modell. Wir möchten dass man bezahlbaren Wohnraum schafft.

Hierzu gibt es die verschiedensten Möglichkeiten. Die Gemeinde kann Wohnungsbaugesellschaften beauftragen, sie kann Eigenheime mit sozialen Auflagen fördern, sie kann selbst Wohnungen bauen. Letzteres sollte in Anbetracht der z. Zt. günstigen Zinsen unbedingt in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Dass die CDU Fraktion und der Bürgermeister bei der geschilderten Sachlage nicht erwarten, dass die Nachfrage nach preiswertem Wohnraum steigen wird, und es deshalb nicht für nötig halten ein Konzept zu entwickeln, ist für uns nicht nachvollziehbar, zumal Bund und Land millionenschwere Förderprogramme auflegen und auch der Landrat zum Handeln auffordert.

Ihre Fraktion in der Gemeindevertretung Petersberg

DIE LINKE. Offene Liste

Kurz notiert:

Grundstücksvergaben in der Gemeinde: In der Sitzung am 12. Mai wurden zwei Baugrundstücke von der Gemeinde veräußert.

Ein Grundstück im Baugebiet „Hinterm Hainberg II“ in der Gemarkung Steinau Flur 7, Flurstück 16/5= 610 m² zum Kaufpreis von 98,00 €/m².

Ein Grundstück im Baugebiet „Östliches Liningsfeld V“ in der Gemarkung Steinhaus Flur 5, Flurstück 66/63 = 765 m2 zum Kaufpreis von 90,00 €/ m2.

Wir haben den Veräußerungen zugestimmt. Laut Bürgermeister gab es jeweils nur einen Bewerber.

Auftragsvergabe zur Bestellung eines Wirtschaftsprüfers

In der gleichen Sitzung wurde beschlossen, wieder die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Priller, Reinhard & Coll. GmbH in Fulda mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2015 des Eigenbetriebes „Gemeindewerke Petersberg“ zu beauftragen. Das zu zahlende Honorar beträgt ca. 9000,- Euro. Nachdem die letzte Ausschreibung der Wirtschaftsprüfung im Jahr 2012 erfolgte, soll nun 2017 wieder ausgeschrieben werden.

Fachausschüsse gebildet

Die Gemeindevertretung hat wieder vier Fachausschüsse gebildet.

- Im Haupt und Finanzausschuss arbeitet für uns Michael Wahl,
- im Ausschuss für Jugend– und Vereinswesen Andrea Kreipl-Möller,
- im Ausschuss für Senioren, Kultur und Soziales Martina Rahn und
- im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Landwirtschaft und Infrastruktur Michael Wahl.

Weitere Informationen zu unseren Initiativen, Anfragen und Anträgen finden Sie auf unserer Homepage.

www.linke-kreis-fulda.de

Für Anregungen und Kritik sind wir immer dankbar.

Bitte wenden sie sich direkt an uns:

Michael Wahl	Tel. 0661 64141
Martina Rahn	Tel. 0661 606186
Andrea Kreipl-Möller	Tel. 0160/93865232

oder an die unten genannte E-Mail Adresse.

Ihre Gemeindevertreter in Petersberg:

Michael Wahl **Martina Rahn** **Andrea Kreipl-Möller**

DIE LINKE. Offene Liste

Impressum:

Fraktion
Die Linke.Offene Liste
in der Gemeindevertretung
Petersbrg

Vors.
Michael Wahl
Kirschgrund 3
36100 Petersberg

michaelwahl@t-online.de

www.linke-kreis-fulda.de